

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**12.01.2023
HHA**Fraktion DIE LINKE**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Schaffung von Beschwerdestellen für Konflikte bei der Nutzung von Gemeinschaftsunterkünften, inklusive Erstaufnahmeeinrichtungen**

Einzelplan **08** **Hessisches Ministerium für Soziales und Integration**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 08 06 Bezeichnung Freiwillige Transferleistungen

Produktnummer 073 neu Bezeichnung Beschwerdestellen für Aufnahmeeinrichtungen

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	2.160.000	2.160.000

Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
Produktserfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge			
14	Summe Aufwendungen	0	2.160.000	2.160.000
Liquidität				
Einnahmen				
Ausgaben				

Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Spätestens seit den Protesten der Bewohner*innen der Gemeinschaftsunterkunft in Frankfurt-Bonames im Sommer 2020 sind Missstände in hessischen Unterkünften für Asylbewerber*innen und Geflüchtete bekannt. Asylsuchende und Geflüchtete müssen menschenwürdig untergebracht werden. Neben Mindeststandards und einem Gewaltschutzkonzept für Gemeinschaftsunterkünfte sind unabhängige Beschwerdestellen essentiell um eine bedarfsgerechte Unterbringung zu garantieren. In Nordrhein-Westfalen gibt es bereits seit 2015 ein Konzept für „Beschwerdemanagement und ‚Task Force‘ in Unterbringungseinrichtungen für Flüchtlinge des Landes Nordrhein-Westfalen“, welches in Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, NGOs und Fachreferaten ausgearbeitet wurde und nun eine Beschwerdestelle pro Aufnahmeeinrichtung vorsieht. Das Land Hessen sollte sich dieser Praxis anschließen und flächendeckend Beschwerdestellen in allen Gebietskörperschaften, sowie an allen Standorten der EAE, einrichten.

Wiesbaden, 12.01.23

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske